



## Horst Becker

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen  
Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Klima-  
schutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Landtag NRW • Horst Becker • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Sebastian Hartmann, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
-vorab per E-Mail-

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
Telefon: (0211) 884-2533  
Fax: (0211) 884-3515  
E-Mail: horst.becker@landtag.nrw.de

Düsseldorf, den 28.03.2014

Sehr geehrter Herr Hartmann,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 19. März. Sie bitten darin, dass ich mich für die Realisierung der B 56 Ortsumgehung Much einsetze und verweisen darauf, dass ich in der letzten Periode des Landtages parlamentarischer Staatssekretär im Verkehrsministerium war.

Sie nehmen deshalb zu Recht an, dass ich mich in diesem Bereich auskenne. Gerade deswegen bin ich über Ihren Brief sehr verwundert, zumal Sie Mitglied im Verkehrsausschuss des Bundestages sind und gerade als Mitglied der SPD in der Großen Koalition doch einen gewissen Einfluss auf die Entscheidungen im Verkehrsbereich haben sollten.

Wie Sie auch wissen, sind die Meldungen der Länder an den Bund auf Wunsch des Bundes zu dessen Vorprüfung vorgenommen worden, in NRW federführend vom Verkehrsministerium unter Herrn Verkehrsminister Michael Groschek. Die spätere und endgültige Meldung des Landes erfolgt nach der Vorprüfung des Bundes, voraussichtlich im Herbst.

Bestimmt ist Ihnen auch nicht entgangen, dass Meldungen nicht nur durch die Länder vorgenommen werden konnten und zum Beispiel die IHK eigene Meldungen vorgenommen hat. So wurde nach Auskunft von Landesverkehrsminister Michael Groschek (LT-Vorlage 16/1462) durch die IHK auch die B 56 OU Much nach Berlin zur Überprüfung durch den Bund gemeldet. Jedoch sieht das Bundesverkehrsministerium offenbar selber keinen Bedarf für eine Prüfung des Projekts. Dies ist daraus zu schließen, dass vom Bundesverkehrsministerium keine weiteren Unterlagen beim Land angefordert (vgl. LT-Vorlage 16/1719) wurden, wie das im Gegensatz dazu bei den aus meiner Sicht überflüssigen Projekten Südtangente und der Umgehungsstraße B8 (Hennef-Uckerath) geschehen ist. Dies liegt aus meiner Sicht in einer Linie mit den Erfahrungen aus den letzten Legislaturperioden des Deutschen Bundestages und des jetzigen Bundesverkehrswegeplanes. Entgegen den vollmundigen Reden vor Ort hat keiner der letzten Verkehrsminister dieses Projekt vorangetrieben. An dem unterschiedlichen Vorgehen zu den drei genannten Straßenprojekten mögen Sie ersehen, dass bei realistischer Betrachtung entgegen aller Äußerungen im politischen Raum des Rhein-Sieg-Kreises auch nicht damit zu rechnen ist, dass das Projekt in Berlin so mitgetragen wird.

Bei nüchterner Bewertung scheint dies auch erklärbar. In Ihrem Schreiben weisen Sie selbst darauf hin, dass der Koalitionsvertrag von CDU, SPD und CSU auf Bundesebene eine klare Priorisierung der knappen finanziellen Mittel für Erhaltungsmaßnahmen an Bundesfernstraßen enthält. Die im Koalitionsvertrag zugesagten Mittel von jährlich zusätzlichen 1,25 Mrd. Euro reichen allerdings lange nicht aus, um den zusätzlichen Erhaltungs- und Instandset-

zungsbedarf bei der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland zu decken. Denn dieser liegt nach den Gutachten der Daehre-Kommission bei 7,2 Mrd. Euro jährlich.

Die Anmeldungen des Landes Nordrhein-Westfalen zur Prüfung haben immer noch ein Gesamtvolumen von ca. 20 Mrd. Euro. Für solche Bedarfsplanmaßnahmen standen in den letzten Jahren von Seiten des Bundes jedoch jeweils nur ca. 250 Mio. für NRW zur Verfügung. Selbst unter der völlig unrealistischen Annahme, dass diese Mittel verdoppelt würden, enthält die NRW-Anmeldung zur Überprüfung immer noch Bauprojekte für 40 Jahre (!). Diese Sachlage dürfte eine Ursache dafür sein, dass das Land Nordrhein-Westfalen im Zuge der Erarbeitung des Bundesverkehrswegeplanes nicht alle von lokalen Gremien gemeldeten Projekte dem Bund zur Überprüfung vorgelegt hat. Dies betrifft in ganz Nordrhein-Westfalen 47 Straßenbauprojekte, auch die OU Much.

Ich möchte betonen: Bei der Ortsumgehung Much handelt es sich um ein Bundesfernstraßenprojekt. Planung, Finanzierung und Realisierung sind die Aufgabe des Bundes. Das Land ist hier in Auftragsverwaltung tätig. Wenn der Bund eine realistische Finanzierungs- und Realisierungsperspektive sähe, könnte er das Projekt vorantreiben. Sie als Mitglied des Verkehrsausschusses des Bundestages hätten dazu, erst recht als Mitglied einer Regierungsfraktion, vielfältige Möglichkeiten.

Aufgrund der Sachlage rate ich sehr dazu, den Menschen in Much nicht immer wieder den Eindruck zu vermitteln, dass eine OU Much in der bisherigen Planung eine realistische Chance hat, in überschaubarer Zeit verwirklicht zu werden. Diese Hoffnung wird aus meiner Sicht in Anbetracht der Rahmenbedingungen absehbar enttäuscht werden. Für beides, das Wecken falscher Hoffnungen und die folgenden Enttäuschungen, sind diejenigen verantwortlich, die jetzt wider besseres Wissen unrealistische Erwartungen schüren. Besser wäre es, gemeinsam mit den Mucherinnen und Muchern nach ortsnahen und günstigeren Lösungen und Konzepten zu suchen, die in den nächsten Jahren auch realisiert werden können. Sollte von der Gemeinde Much die Initiative ausgehen, alternative tragfähige Planungen zu erarbeiten, bin ich gerne bereit, diese zu unterstützen.

Sehr geehrter Herr Hartmann,

da Sie mich aber als Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages und Abgeordneter aus dem Rhein-Sieg-Kreis angeschrieben haben, nutze ich gerne die Gelegenheit, Ihr Augenmerk auf ein wichtiges Thema für die Menschen im Rhein-Sieg-Kreis zu richten. Ich möchte Sie als Abgeordneten dieses Wahlkreises dringend bitten, Ihrer Verantwortung für die vom Nachtflug betroffenen Menschen gerecht zu werden und sich ernsthaft und nachdrücklich dafür einzusetzen, dass das vom Land NRW durch Grüne und SPD auf den Weg gebrachte und vom Kreistag immer wieder geforderte Passagiernachtflugverbot durch die Bundesregierung nicht weiter blockiert wird. Ich bedaure es sehr, in dieser Frage von Ihnen seit ihrem Einzug in den Bundestag bis heute nichts gehört zu haben und wäre sehr gespannt darauf, dass die Öffentlichkeit und ich selber von Ihnen erfahren, was Sie zur Durchsetzung dieses wichtigen Vorhabens unternehmen wollen.

Mit freundlichen Grüßen



Horst Becker